

Aus dem Inhalt

„In erster Linie ist das eine Kommunikationsaufgabe“	2
Kirchenkreis Bayreuth: Die lange Suche nach einer neuen Leitung	3
Experte: Lieber Kletterhallen reinbauen, als Kirchen abzureißen	4
Kirchenschließung: Besondere Immobilien, komplizierte Nachnutzung	5
Kopp am Buß- und Betttag: Zweite Chancen sind christliche Haltung	7
Adveniat eröffnet Weihnachtsaktion in Königsbrunn	7
Bayerische Justiz will jüdische Sportler besser schützen	8
Preidel: Landessynode steht vor entscheidenden Weichenstellungen	9
Preidel: Es darf keine Angst vor dem Scheitern geben	10
Redaktionen des Campus Kommunikation berichten von Synoden-Tagung	13
Bayerischer Umweltpreis für Aktionen rund um den Main	15
Bund Naturschutz klagt gegen ewiges Baurecht für dritte Startbahn	16
Zahl der durch Landminen verletzten und getöteten Menschen gestiegen	17
Impressum	17

Schwabacher Dekanin Berthild Sachs wird Regionalbischöfin in Bayreuth

Nach monatelanger Suche hat die evangelische Landeskirche eine neue Leitung für den Kirchenkreis Bayreuth gefunden. Die Schwabacher Dekanin Berthild Sachs wird zum 1. März 2025 Regionalbischöfin.

Bayreuth (epd). Mit Freude und großem Respekt blickt Berthild Sachs auf ihr neues Amt als Regionalbischöfin im Kirchenkreis Bayreuth. „Ich freue mich auf die Verantwortung und die Gestaltungsaufgabe“, sagte die 58-Jährige dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Mittwoch. „Und ich glaube, dass ich eine ganze Menge Vorerfahrung mitbringe, um diese große Aufgabe anzugehen.“ Am 1. März 2025 wird Sachs Nachfolgerin von Dorothea Greiner, die zum 31. Oktober in den Ruhestand gegangen ist, teilte die Evangelisch-Lutherische Kirchen in Bayern (ELKB) mit.

Landesbischof Christian Kopp würdigte Sachs' profunde Erfahrung und ihre hohe Kompetenz in Gestaltungsprozessen. Sie habe „auf ihren verschiedenen beruflichen Stationen hervorragende Kommunikationsfähigkeiten und ein feines Geschick für Verständigungsprozesse innerhalb der Kirche und auch mit der Gesellschaft gezeigt“. Die Synodalpräsidentin und Vorsitzende des Berufungsausschusses, Annekathrin Preidel, zeigte sich erfreut über die Berufung der Dekanin: „Sie kann Visionen für die anstehenden Veränderungen in konkrete Maßnahmen übersetzen und verfügt über eine weite Sicht auf die Transformation unserer Landeskirche.“

Zu den bereits begonnenen Veränderungsprozessen gehört, dass der Kirchenkreis Bayreuth in seiner jetzigen Form die zehnjährige Amtszeit der neuen Regionalbischöfin nicht überdauern wird. Durch sinkende Mitgliedszahlen und knapper werdende Finanzmittel strafft die bayerische Landeskirche seit Jahren schon ihre Strukturen - dazu gehören neben Fusionen von Dekanatsbezirken im ganzen Land auch die Reduzierung der Kirchenkreise von derzeit sechs auf künftig höchstens vier.



In einer Zeit unglaublicher Veränderungen reize es sie, an der künftigen Gestalt der Kirche mitzuwirken und darüber nachzudenken, welche Wege gangbar sind, sagte Berthild Sachs dem epd. „Wir dürfen nicht den Mut verlieren, sondern müssen weiterhin ausstrahlen, was uns wichtig ist: dass wir befreite Christenmenschen sind.“ Mit einem deutlich weinenden Auge werde sie Abschied von Schwabach nehmen, „denn mein Mann und ich haben uns hier wahnsinnig wohlfühlt“. Auf Bayreuth freue sie sich, weil sich die Stadt toll entwickelt habe.

Nach dem Theologiestudium in Erlangen, Jerusalem und München sowie dem Lehrvikariat in Bamberg war Sachs als Wirtschaftsvikarin in der Personalabteilung eines Unternehmens und im Pfarrvikariat in Lauf an der Pegnitz tätig. Von 2001 bis 2007 war sie theologische Referentin des Nürnberger Regionalbischofs und anschließend neun Jahre Gemeindepfarrerin in Nürnberg-Ziegelstein, wo sie mit ihrem Ehemann, dem Pfarrer Stefan Brandenburger, zusammenarbeitete. Von 2016 bis Ende 2019 leitete sie das Dekanat Gräfenberg, seit 2020 ist sie als Dekanin in Schwabach tätig. Sachs ist Mitglied in der evangelischen Landessynode, dem Kirchenparlament der mehr als zwei Millionen evangelisch-lutherischen Christen in Bayern.

Der Kirchenkreis Bayreuth ist einer der sechs Kirchenkreise der ELKB. Er umfasst das Gebiet Oberfrankens und kleine Teile Mittel- und Unterfrankens und der Oberpfalz. Zum Kirchenkreis Bayreuth gehören 15 Dekanatsbezirke von Bamberg über Bayreuth-Bad Berneck bis Wunsiedel. Im Kirchenkreis leben mehr als 350.000 Gemeindeglieder. (00/3679/20.11.2024)

„In erster Linie ist das eine Kommunikationsaufgabe“

Drei Fragen an die neue Bayreuther Regionalbischöfin Berthild Sachs

epd-Gespräch: Julia Riese

Bayreuth (epd). Die bisherige Schwabacher Dekanin Berthild Sachs wird ab 1. März 2025 die neue Regionalbischöfin im Kirchenkreis Bayreuth. Sie wird Nachfolgerin von Dorothea Greiner, die zum 31. Oktober in den Ruhestand gegangen ist. Im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) blickt Sachs auf die anspruchsvolle Zeit, die sie erwartet.

epd: Frau Sachs, was reizt Sie am Amt der Regionalbischöfin?

Berthild Sachs: Mich reizt in so einer Phase von unglaublichen Veränderungen, wo wir noch gar nicht wissen, wie die künftige Gestalt der Landeskirche aussehen wird, mitzugestalten und mit darüber nachzudenken, welche Wege gangbar sind. Wir werden weniger Hauptamtliche und weniger Kirchensteuereinnahmen haben. Darüber nicht den Mut zu verlieren, sondern weiterhin auszustrahlen, was uns wichtig ist - dass wir befreite Christenmenschen sind, die auch für

Kirche und Politik

andere da sind und eine Rolle in der Gesellschaft spielen, das ist mir so wichtig. Ich freue mich, dass ich das jetzt auf der Ebene von Kirchenleitung und Kirchenkreis versuchen kann.

epd: Im Kirchenkreis stehen einige strukturelle Veränderungen an. Dekanate fusionieren und auch die Gesamtzahl der Kirchenkreise in der Landeskirche wird verringert. Wie gehen Sie das an?

Sachs: Ich schätze zunächst sehr, was in diesem Kirchenkreis schon da ist. Das sind die vorhandenen Überlegungen zur Strukturveränderung, aber ich schätze auch, was Frau Greiner an geistlich-strukturellem Fundament gelegt hat. Da gibt es eine Seelsorgestiftung, eine Förderstiftung für die Hochschule für Kirchenmusik, ökumenische Angebote. Was das Kernprofil ausmacht, ist das sehr gut gepflegt und angelegt worden. Das muss weitergehen, auch wenn sich Strukturen verschlanken. Mir war schon immer wichtig, dass Kooperationen aufgebaut werden und sich mit Leben füllen. Am Ende muss alles einen Mehrwert haben. Das will ich gut mit den Gremien und den betroffenen Menschen entwickeln und niemandem etwas überstülpen. In erster Linie ist das auch eine Kommunikationsaufgabe.

epd: Die Suche nach einer neuen Leitung für den Kirchenkreis Bayreuth hat lange gedauert. Ein bereits feststehender neuer Regionalbischof hat einen Tag später wieder zurückgezogen, und es gab eine Diskussion um Frauen in Leitungspositionen. Wie wirkt diese Vorgeschichte für Sie nach?

Sachs: Ich freue mich, dass es jetzt ganz offensichtlich zur allgemeinen Zufriedenheit ausgegangen ist. Das habe ich gestern Abend im Gespräch mit den Kirchenkreissynodalen sehr gespürt, und das spüre ich jetzt auch bei den Rückmeldungen, die bei mir ankommen. Die Diskussion über eine Frauenquote in Leitungsämtern ist ja auch durch Bayreuth angeregt worden. Aber als „Quotenfrau“ fühle ich mich nicht. Ich bringe mit, was man dafür braucht. Bei der ersten Bewerbungsrunde war es für mich keine Option, mich zu bewerben, weil ich hier in Schwabach wirklich gebraucht wurde. Deshalb freue ich mich, dass ich noch mal die Gelegenheit hatte zu überlegen, ob ich für die Aufgabe bereit bin und mich dafür entscheiden konnte. (00/3685/20.11.2024)

Kirchenkreis Bayreuth: Die lange Suche nach einer neuen Leitung

Bayreuth (epd). Monatlang hat die Suche nach einer neuen Leitung des Kirchenkreises Bayreuth gedauert. Auf Regionalbischöfin Dorothea Greiner, die seit 2009 an der Spitze des Kirchenkreises stand und zum 31. Oktober in den Ruhestand ging, sollte zunächst der Nürnberger Dekan Jonas Schiller

Kirche und Politik

folgen. Bereits am 21. Juni - einen Tag, nachdem er als neuer Regionalbischof vorgestellt wurde - gab der 46-Jährige seinen Rückzug bekannt. Er werde das Amt „aus privaten Gründen“ nicht antreten, teilte er mit, und wolle weiter Dekan bleiben.

Die Berufung eines Mannes zum Regionalbischof in Bayreuth hatte in der Landeskirche zu einer Diskussion über Frauen in Leitungspositionen geführt. Die Landshuter Dekanin Nina Lubomierski kritisierte in einem Instagram-Video, dass erneut bei der Vergabe eines Oberkirchenrats-Postens keine Frau berücksichtigt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt waren nur drei von 13 Oberkirchenräten im Landeskirchenrat - einem der kirchenleitenden Organe, dem der Landesbischof vorsteht - Frauen.

In der neuen Stellenausschreibung im September wurde der Wunsch nach Bewerberinnen nochmals verstärkt betont. Aus der Formulierung vom April, dass „besonders auch Bewerbungen von Frauen“ begrüßt würden, wurde nun, dass man „deshalb ausdrücklich Bewerbungen von Pfarrerinnen“ begrüße. Am Mittwoch gab die Landeskirche bekannt, dass die Schwabacher Dekanin Berthild Sachs neue Bayreuther Regionalbischofin wird. Über Geschlechtergerechtigkeit in Führungspositionen soll auch bei der Herbsttagung der Landessynode in Amberg vom 24. bis 27. November gesprochen werden. (00/3680/20.11.2024)

Experte: Lieber Kletterhallen reinbauen, als Kirchen abzureißen

epd-Gespräch: Christiane Ried

München/Bad Staffelstein (epd). Auch wenn es weniger Kirchgänger und Pfarrer gibt, sollten Kirchengebäude nach Überzeugung des Münchner Experten Vinzenz Duffer erhalten werden. „Lieber soll eine Kletterhalle reingebaut werden, als eine Kirche einfach abzureißen“, sagte der Bauberater für „Haus und Siedlung“ beim Bayerischen Landesverein für Heimatpflege dem Evangelischen Pressedienst (epd). Ein Kirchenabriss sollte immer nur die Ultima Ratio sein. Kirchen seien Treffpunkte für Menschen, Dorfzentren und Orte der Identifikation und Gemeinschaft.

Wenn eine Kirche im Unterhalt zu teuer werde und über eine andere Nutzung nachgedacht werden müsse, gebe es keine Patentlösung, sagte der Architekt. Das müsse immer im Einzelfall vor Ort entschieden werden. Dazu müssten neben der Kirchengemeinde auch die Kommune, die Bevölkerung oder Architekten mit in die Entscheidung einbezogen werden. Es sei immer wünschenswert, dass das Kirchengebäude erhalten bleibe, auch wenn es nicht mehr liturgisch genutzt werde. Eine beliebte Lösung sei, den Kirchenraum multifunktional zu nutzen, etwa für Konzerte, Ausstellungen oder Jugendtreffs.

Kirche und Politik

Ein weiterer Trend sei, ein Kolumbarium einzubauen - also Urnenwände oder Urnenkammern, sagte Dufter weiter. Ein Kirchenraum müsse auch nicht unbedingt kirchlich weitergenutzt werden, ideal wäre aber weiterhin eine öffentliche Nutzung. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass die Kommunen grundsätzlich ein Interesse daran hätten, Kirchen zu erhalten. Denn: „Wenn man der Bevölkerung die Kirche wegnimmt, schwindet auch die Wohnqualität.“ Eine Gemeinde würde nur schweren Herzens einem Abriss zustimmen. Das wäre ein „Baukulturverlust“.

Möglich wäre auch, den Kirchenraum zu verkleinern und soziale Angebote, Vereinsräume, Büchereien oder auch ein Café unterzubringen, sagte Dufter. Eine Kirche könne aber auch kostengünstig erhalten oder umgebaut werden. Eine private Nutzung durch Immobilieninvestoren hingegen wäre allein wegen des Denkmalschutzes, dem viele Kirchengebäude unterliegen, schwierig. Wohnungen in einen Kirchenraum einzubauen, wäre zwar möglich, aber sehr aufwendig und teuer, allein wegen der Energiekosten.

Dufter gab auch zu bedenken, dass Kirchen künftig womöglich wieder mehr gebraucht werden könnten. Auch in der Säkularisation seien Kirchen abgerissen oder anderweitig genutzt worden. „Man darf die Hoffnung nicht aufgeben“, betonte Dufter, der an diesem Donnerstag und Freitag (21. und 22. November) die Fachtagung „Was wird aus unseren Kirchengebäuden?“ in Bad Staffelstein über die Nutzung von Kirchengebäuden leitet. Teilnehmen werden Experten von evangelischer und katholischer Kirche, Kunsthistoriker, Architekten und Heimatpfleger. Veranstaltungsort sind die Bildungs- und Tagungshäuser Vierzehnheiligen. (01/3656/20.11.2024)

Kirchenschließung: Besondere Immobilien, komplizierte Nachnutzung

Von Susanne Schröder (epd) mit Bild

München/Bad Staffelstein (epd). Die beiden großen Kirchen in Bayern verlieren Jahr für Jahr Zehntausende Mitglieder, was Auswirkungen auf die Kirchensteuer hat. Dazu kommt der Nachwuchsmangel bei Pfarrerinnen und Pfarrern. Die Frage tut sich auf: Was tun mit all den kirchlichen Immobilien, die Millionen an Bauunterhalt kosten. Die bayerische Landeskirche will daher ihren Immobilienstand bis 2035 deutlich verringern. Was es dabei zu beachten gibt, skizziert der Evangelischen Pressedienst (epd).

EVANGELISCHE GEBÄUDE IN BAYERN:

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) ist reich an Immobilien: 1.980 Kirchen und Kapellen befinden sich laut Homepage im Eigentum von Gemeinden und Dekanaten, dazu 1.680 Gemeindehäuser, 1.800 Pfarrhäuser,

Kirche und Politik

770 Mehrzweckgebäude und 800 Kindergärten. Doch mittlerweile werden die Gebäude zur Last: 89 Prozent des CO₂-Ausstoßes der ELKB kommen aus diesem Sektor. Und weil die Prognose bis 2050 eine Halbierung der Kirchenmitglieder - und damit der Kirchensteuern - voraussagen, reicht das Geld nicht mehr für den teuren Bauunterhalt.

IMMOBILIENSTRATEGIE:

Die ELKB hat deshalb beschlossen, ihren Immobilienbestand bis 2035 deutlich zu schrumpfen, um bis zu 50 Prozent. Auf der „roten Liste“ stehen dabei nicht die großen Kathedralen wie die Lukaskirche München oder St. Lorenz in Nürnberg, sondern eher kleine Sprengelkirchen oder Gemeindezentren aus der Wachstumszeit der 1960er- und 1970er-Jahre. Aber was macht man mit einer Kirche, die niemand mehr braucht? Aufgrund von Architektur, Baurecht, Theologie und Emotionen sei „jede Kirche ein Einzelfall“, weiß Wolfgang Hailer, der im Münchner Kirchengemeindeamt für Immobilienstrategie zuständig ist. Konzepte für Nachnutzungen zu erstellen, sei schwierig und langwierig, „weil es dafür keine Standardverfahren gibt“.

KIRCHEN IM KOMMUNALEN FLÄCHENNUTZUNGSPLAN:

Schon der Flächennutzungsplan, der in jeder Kommune festlegt, was auf welches Grundstück gebaut werden darf, schränkt die Möglichkeiten ein. Kirchen sind dort als „Flächen für Gemeinbedarf“ eingetragen. Wer an ihrer Stelle ein Wohnhaus bauen will, muss erst den Flächennutzungsplan ändern lassen - ein oft langwieriges Verfahren. Eher vereinbar mit dem Kriterium des Gemeinbedarfs sind Projekte wie Studentenwohnheime, Kindergärten, Altenheime oder Wohngruppen für Menschen mit Behinderung. Auch sie müssen mit den jeweiligen Bauämtern ausgehandelt werden.

KIRCHEN UND DENKMALSCHUTZ:

Ohnehin ist der Abriss von Kirchen bislang die Ausnahme. Viele Gotteshäuser unterliegen dem Denkmalschutz - dann sind oft schon kleinere Umbaumaßnahmen ausgeschlossen. Das kompliziert die Nachnutzung: Große, hohe Räume mit schlechtem Energiestandard sind nicht nur schwer als Künstleratelier, Café oder Stadteiltreff zu bespielen, sondern im Winter auch extrem teuer zu heizen.

KIRCHEN ALS THEOLOGISCHER UND EMOTIONALER ORT:

Und schließlich sind Kirchen sakrale Gebäude. Wenn sie nicht mehr als Gotteshäuser genutzt werden, müssen sie in einem besonderen Gottesdienst entwidmet und für die „weltliche“ Nutzung freigegeben werden. Dagegen gibt es oft Widerstand: Viele Menschen verbinden mit einer Kirche wichtige Stationen

Kirche und Politik

ihres Lebens, wie Taufe der Kinder, die eigene Heirat oder Beerdigungen von Angehörigen und wollen, dass „ihre Kirche“ im Dorf bleibt. (00/3657/20.11.2024)

Kopp am Buß- und Betttag: Zweite Chancen sind christliche Haltung

München (epd). Für den bayerischen Landesbischof Christian Kopp ist der Buß- und Betttag auch ein Tag der zweiten Chance. „Jeder und jede hat eine zweite Chance verdient - das ist die christliche Haltung, eine Haltung für das Leben“, sagte der Landesbischof am Mittwoch in der Münchner St. Matthäuskirche im Gottesdienst zum Buß- und Betttag. Diese christliche Haltung durchbreche die Unbarmherzigkeit „mit mir selbst“, aber auch mit anderen, erläuterte Kopp. Bei allem Schlimmen um einen herum dürfe man die Hoffnung nicht verlieren.

Menschen wollten „einfach nur friedlich, glücklich, heiter, liebevoll leben mit einem Dach über dem Kopf“, sagte der Landesbischof Kopp laut Predigtmanuskript. Die Hoffnung nicht aufzugeben, das sei wichtig: „Hoffentlich ist endlich Ende mit dem Krieg in der Ukraine. Hoffentlich kommen die Geiseln nach Hause. Hoffentlich ist das Leiden der Menschen in Israel und Palästina bald vorbei. Hoffentlich lernen und begreifen viele Menschen, wie entsetzlich Antisemitismus ist.“ Den „Regler auf Hoffentlich“ zu stellen, sei „Auftrag des Evangeliums“, sagte er.

Der Buß- und Betttag ist kein staatlicher Feiertag mehr, dennoch hat er seinen festen Platz im Kirchenjahr nicht verloren. 1995 wurde der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag zur Finanzierung der Pflegeversicherung in allen Bundesländern außer in Sachsen abgeschafft. Die evangelische Kirche bezeichnet die Abschaffung bis heute als Fehlentscheidung. In Bayern haben Kinder schulfrei, deshalb müssen viele Eltern einen Urlaubstag nehmen. (00/3673/20.11.2024)

Adveniat eröffnet Weihnachtsaktion in Königsbrunn

Augsburg/Königsbrunn (epd). Mit einem Festgottesdienst in Königsbrunn bei Augsburg eröffnet das katholische Hilfswerk Adveniat am Sonntag (1. Dezember, 10.30 Uhr) seine diesjährige bundesweite Spendenaktion. Die Adveniat-Weihnachtsaktion 2024 stehe unter dem Motto „Glaubt an uns - bis wir es tun!“, teilte Adveniat mit. Den Festgottesdienst in der Pfarrkirche Maria unterm Kreuz in Königsbrunn feiern der Adveniat-Bischof Franz-Josef Overbeck und der Augsburger Bischof Bertram Maier. Es werden Gäste von Partnerorganisationen in Lateinamerika erwartet.

Kirche und
Politik

Im Zentrum der Aktion stünden Jugendliche, „die sich nicht passiv ergeben von der Aussichtslosigkeit, Gewalt und Armut mitreißen lassen, sondern sich aktiv für eine gerechte Welt einsetzen“, heißt es auf der Homepage des Bistums Augsburg. Mit den Partnerorganisationen vor Ort wolle man sich für sichere Schutzräume für Kinder und Jugendliche, Bildungsprogramme oder Stipendien für den Start ins Berufsleben einsetzen. Adveniat ist das Lateinamerika-Hilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland. Es finanziert sich nach eigenen Angaben zu 95 Prozent aus Spenden. (00/3676/20.11.2024)

Kirche und Politik

Bayerische Justiz will jüdische Sportler besser schützen

München (epd). Bayern will jüdische Sportlerinnen und Sportler besser vor antisemitischen Übergriffen schützen. „Deutschland und die Welt erleben nach dem 7. Oktober 2023 die schlimmste Welle von Antisemitismus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die auch vor Sportplätzen keinen Halt macht“, sagte Justizminister Georg Eisenreich (CSU) am Mittwoch laut Mitteilung. Es sei nicht hinnehmbar, dass Vereine in Deutschland ihren Spielbetrieb zeitweise einstellen mussten oder sich Spielerinnen und Spieler nicht mehr mit dem Makkabi-Trikot ins Training trauten. Eisenreich unterzeichnete am Mittwoch in München eine Vereinbarung mit Makkabi Deutschland, dem jüdischen Dachsportverband, zum besseren Schutz von jüdischen Sportlern.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte, dass Sport nicht nur ein entscheidender Faktor in der Prävention von Antisemitismus sei. Er müsse auch wehrhaft sein gegen die Feinde der offenen Gesellschaft. Nur so könne der sportliche Wettkampf auch zu einem Schulterschluss werden.

Makkabi-Präsident Alon Meyer sagte, dass der gesellschaftliche Kampf gegen Antisemitismus bei zivilgesellschaftlichem Engagement beginne und nicht erst bei der Strafverfolgung. Die erschreckenden Bilder aus Paris oder Amsterdam zeigten, dass sich antisemitischer Hass in der Gesellschaft zu normalisieren drohe und auch islamistische Einflussnahme auf einen gefährlichen Nährboden treffe.

Ziel der Kooperation zwischen bayerischer Justiz und Makkabi Deutschland ist die Meldung von Straftaten - egal ob sie in der digitalen Welt oder analog in einer Sporthalle oder auf einem Spielfeld begangen werden. Dazu gehören herabwürdigende oder diskriminierende Äußerungen oder Handlungen gegen Menschen etwa in Bezug auf Hautfarbe, Religion, Nationalität, ethnische Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder eine Behinderung. „Der Rechtsstaat muss klare Grenzen setzen und Jüdinnen und Juden schützen“, sagte Minister Eisenreich. (00/3682/20.11.2024)

Preidel: Landessynode steht vor entscheidenden Weichenstellungen

epd-Gespräch: Christiane Ried

Amberg (epd). Die bayerische evangelische Landessynode steht bei ihrer Herbsttagung Ende November laut Präsidentin Annekathrin Preidel vor entscheidenden Weichenstellungen. „Unsere Kirche darf nicht in alten Mustern stecken bleiben“, sagte Preidel dem Evangelischen Pressedienst (epd). Für das kommende Jahr rechne die Landeskirche zwar nochmals mit stabilen Kirchensteuereinnahmen von rund 770 Millionen Euro. Der weitere Blick in die Zukunft falle wegen nachlassender Konjunktur und sinkender Kirchenmitgliedszahlen aber leider „nicht mehr so optimistisch“ aus. Diese Entwicklung erfordere „Mut, Offenheit und die Bereitschaft, traditionelle Strukturen zu hinterfragen - auch die eigenen“.

Die Landessynode berät deshalb bei ihrer Tagung unter anderem über die eigene Verkleinerung - von derzeit 108 auf 75 Synodale - sowie über die Neustrukturierung der sechs Kirchenkreise auf höchstens vier. Damit würden zwei Türen in die Zukunft aufgestoßen, sagte Preidel. „Die Ressourcen und Mittel werden ja auch für den Verwaltungsapparat weniger, das muss sich dann auch dort bemerkbar machen.“ Der Synode werde ein Konzept vorgelegt, wonach aus den drei südlichen Kirchenkreisen ein gemeinsamer unter dem Namen „Schwaben-Altbayern“ werden soll - mit einem Leitungsteam aus den Regionalbischöfen Thomas Prieto Peral und Klaus Stiegler. Dieses Modell könnte Vorbild für die drei fränkischen Kirchenkreise im Norden sein.

Es gebe keine Garantie dafür, dass jede Veränderung sofort zum Erfolg führe, sagte Preidel. „Doch ohne das Ausprobieren neuer Wege bleiben wir in alten, nicht mehr funktionierenden Strukturen gefangen.“ Es dürfe keine Angst vor dem Scheitern geben. Weiteres Thema bei der Synodentagung werde die weitere Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Raum der Landeskirche und der Diakonie sei. Grundlegende Beschlüsse seien aber noch nicht zu erwarten, weil die bayerische Landeskirche keinen Alleingang mache, sondern zusammen mit den übrigen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) entscheide. Beraten werde auch über eine bessere Beteiligung von Frauen in landeskirchlichen Führungspositionen, dazu lägen verschiedene Eingabe und Anträge vor. (01/3658/20.11.2024)

Landessynode
aktuell

Preidel: Es darf keine Angst vor dem Scheitern geben

Bayerische Landessynode steht vor wegweisenden Entscheidungen

epd-Gespräch: Christiane Ried

Amberg (epd). Die bayerische Landessynode steht bei ihrer Herbsttagung in Amberg (24. bis 27. November) vor wichtigen Entscheidungen. Unter anderem berät das Kirchenparlament über die eigene Verkleinerung von 108 auf nur noch 75 Synodale, über die Neustrukturierung der derzeit noch sechs Kirchenkreise, über den weiteren Weg in der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt sowie über eine bessere Beteiligung von Frauen in kirchlichen Führungspositionen. Im Mittelpunkt der Herbsttagung steht die Verabschiedung des Haushalts. Warum die Landeskirche nur noch 2025 finanziell in ruhigen Gewässern fährt und wo Weichenstellungen anstehen, erläuterte Synodenpräsidentin Annekathrin Preidel dem Evangelischen Pressedienst (epd).

epd: Der landeskirchliche Finanzchef hat vor wenigen Tagen angesichts sinkender Kirchensteuereinnahmen gesagt: Die Lage ist ernst, vor allem ab 2026. Wie besorgt sind Sie?

Annekathrin Preidel: Im Blick auf den Haushalt 2025 fahren wir in ruhigen Gewässern. Wir rechnen nochmals mit stabilen Kirchensteuereinnahmen von rund 770 Millionen Euro. Der weitere Blick in die Zukunft fällt leider nicht mehr so optimistisch aus. Wir müssen in der Tat die weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen sehr diszipliniert im Auge behalten. Die nachlassende Konjunktur und die sinkenden Kirchenmitgliedszahlen werden Auswirkungen auf die Kirchensteuereinnahmen haben. Bei der Herbsttagung in Amberg stehen wir daher insgesamt vor entscheidenden Weichenstellungen.

epd: Die da wären?

Preidel: Zunächst einmal: Wir stecken mitten in der praktischen Umsetzung des 2017 gestarteten Zukunftsprozesses „Profil und Konzentration“ (PuK), der die Landeskirche zukunftsfest machen soll. Unsere Kirche darf nicht in alten Mustern stecken bleiben, sondern muss aktiv den Wandel gestalten. Dies erfordert Mut, Offenheit und die Bereitschaft, traditionelle Strukturen zu hinterfragen - auch die eigenen. Die Ressourcen und Mittel werden ja auch für den Verwaltungsapparat weniger, das muss sich dann auch dort bemerkbar machen. Gerade mit der Diskussion um die Reduzierung der derzeit sechs Kirchenkreise auf höchstens vier und um die Verkleinerung der Landessynode von 108 auf 75 Mitglieder stoßen wir zwei Türen in die Zukunft auf.

epd: Die Augsburger Regionalbischöfsstelle wird vorläufig nicht wiederbesetzt, um die drei südlichen Kirchenkreise neu zu strukturieren. Bei der vergangenen Synode hat sich unter den schwäbischen Synodalen darüber

Landessynode
aktuell

Unmut breitgemacht. Wie soll der große Wurf gelingen, wenn sich schon jetzt Klein-Klein-Diskussionen andeuten?

Preidel: Diese Diskussionen sind ein Zeichen von Verantwortungsbewusstsein und gelebter Mitbestimmung in der Kirche. Die Synode repräsentiert die Vielfalt der Stimmen und Perspektiven innerhalb der Landeskirche. Es ist ihre Aufgabe, nicht nur das Beste für die Institution Kirche zu suchen, sondern auch für die Menschen, die durch sie vertreten werden. Solche Diskussionen, auch wenn sie manchmal kontrovers sind, sind geradezu notwendig, damit Entscheidungen im Geist von Transparenz, Verantwortung und Weitsicht getroffen werden - immer mit dem Ziel, den Glauben in die Zukunft zu tragen und den Bedürfnissen der Menschen in einer sich wandelnden Gesellschaft und einer sich wandelnden Kirche gerecht zu werden.

epd: Was ist nun konkret geplant für die südlichen Kirchenkreise?

Preidel: Der Synode wird in Amberg ein Erprobungsgesetz vorgelegt, das Raum für unterschiedliche Wege bei der Kirchenkreisreform eröffnet. Zugleich hat eine Arbeitsgruppe, an der Mitglieder der Landessynode und des Landeskirchenrats beteiligt waren, ein Konzept für die drei südlichen Kirchenkreise erarbeitet. Die Arbeitsgruppe schlägt die Gründung eines gemeinsamen Kirchenkreises Schwaben-Altbayern vor - mit einem Leitungsteam aus den Regionalbischöfen Thomas Prieto Peral und Klaus Stiegler. Dieses Modell könnte Vorbild für die drei fränkischen Kirchenkreise im Norden sein.

epd: Sie haben auch die Verkleinerung der Synode angesprochen. Wie könnte das Kirchenparlament dann künftig aussehen?

Preidel: Der Vorschlag der Arbeitsgruppe, der in die Vorlage des Gesetzes eingeflossen ist, sieht statt derzeit 108 Synodalen nur noch 75 vor. Das wären dann 60 gewählte und 15 berufene Synodale. Die bis jetzt starre Zuweisung durch feste Delegationsplätze - etwa für Vertreterinnen der evangelischen Hochschulen, Vertreterinnen der Evangelischen Jugend in Bayern oder der Politik - soll aufgelöst werden. Nach der Gesetzesvorlage soll künftig der Berufungsausschuss die Zusammensetzung der gewählten Synodalen insgesamt prüfen, daraus ableiten, wo es inhaltliche Lücken gibt und dementsprechend Personen mit passender Expertise berufen. Auch die Aufstellung der Kandidierenden für die Synode würde sich ändern. Es würde dann nicht mehr zwischen „ordiniert“ und „nicht ordiniert“ unterschieden werden, sondern zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

epd: Eine solche Beschneidung des eigenen Einflusses dürfte vielen bestimmt nicht leicht fallen, oder?

Landessynode aktuell

Landessynode aktuell

Preidel: Natürlich bergen Veränderungsprozesse immer ein gewisses Risiko. Es gibt keine Garantie dafür, dass jede Veränderung sofort zum Erfolg führt. Doch ohne das Ausprobieren neuer Wege bleiben wir in alten, nicht mehr funktionierenden Strukturen gefangen. Es darf keine Angst vor dem Scheitern geben. Nur eine Kultur des stetigen Lernens und Anpassens bringt uns voran. Wichtig ist, dass wir gemeinsam eine nachhaltige Perspektive für die Zukunft schaffen.

epd: Es gibt einen Antrag an die Synode, der sich mit der Arbeit der Synode befasst: Die starre Aufteilung in zwei Synodentagungen pro Jahr soll aufgelöst werden. Dafür soll es über das Jahr verteilt - auch digitale - Tagungsformate geben. Halten Sie eine solche Idee für umsetzbar?

Preidel: Ich finde alles sinnvoll, was zukunftsgerichtet ist. Natürlich kann man die großen zwei Präsenzveranstaltungen im Frühjahr und Herbst als alleinige Formate hinterfragen. Es steckt sehr viel Organisation dahinter, solche Tagungen vorzubereiten. Vielleicht wäre da eine schlankere Arbeitsstruktur tatsächlich hilfreich. Auf der anderen Seite haben wir noch alle die Corona-Jahre in Erinnerung, als wir nur digital tagen durften. Wir waren alle froh, als wir uns endlich wieder physisch begegnen konnten. Das muss man genau abwägen.

epd: Auch wenn es nicht auf der Tagesordnung steht - das Thema sexueller Missbrauch wird auch bei dieser Synode wieder eine Rolle spielen. Die eben zu Ende gegangene Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat dazu ja ein Maßnahmenpaket beschlossen.

Preidel: Der bayerische Landesbischof Christian Kopp war als Mitglied der Kirchenkonferenz bei der EKD-Synode und wird in seinem Bericht am Montag über die Ergebnisse sprechen. Außerdem gibt es noch einen Bericht von bayerischen Synodalen, die auch Mitglied der EKD-Synode sind. Das Thema steht ganz oben auf unserer Agenda, aber es ist vereinbart, dass wir als EKD-Gliedkirchen gemeinsam entscheiden werden. Es wird keinen bayerischen Alleingang geben. Das heißt, dass jetzt in Amberg - nur wenige Tage nach der EKD-Synode in Würzburg - wegen der zeitlichen Nähe noch keine grundlegenden Beschlüsse erwartet werden können. In den Aussprachen zu den Berichten im Plenum wird es aber eine wichtige Rolle spielen.

Ein Beispiel: Die EKD-Synode hat unter anderem beschlossen, dass die Betroffenen jeweils 15.000 Euro an Anerkennungsleistungen erhalten sollen. Den Landeskirchen wiederum steht es frei, diesen Grundbetrag nach eigenem Ermessen zu erhöhen. Die Kriterien für eine solche Erhöhung müssen wir sorgfältig beraten. Das können wir nicht im Hauruck-Verfahren innerhalb von zwei Wochen beschließen.

epd: Es geht um ein grundsätzlich einheitliches Vorgehen der Landeskirchen. Aber dennoch können ja eigenständige Akzente gesetzt werden...

Preidel: Die Landeskirche selbst ist und bleibt aktiv. Der Sprecher des Beteiligungsforums Sexualisierte Gewalt (BeFo) der EKD, Detlev Zander, hat uns ausdrücklich ermutigt, diesen Weg entschieden weiterzugehen: Im Jahr 2020 hat die bayerische Synode ein Kirchengesetz zur Prävention, Intervention und Aufarbeitung im Bereich sexualisierter Gewalt verabschiedet. Dieses Gesetz ist auf der Grundlage der ForuM-Missbrauchsstudie zu evaluieren. Für die Fachstelle „Prävention gegen sexualisierte Gewalt“ wurden im Jahr 2024 über 1,1 Millionen Euro bereitgestellt. Bis Ende 2025 sollen in allen evangelischen Kirchengemeinden in Bayern Schutzkonzepte implementiert sein. Daran wird intensiv gearbeitet. Und es gilt auch die Verstärkung der Stellen der Fachstelle in den Blick zu nehmen.

epd: Ein weiteres Thema, das im Sommer für Aufregung gesorgt hatte, war die Forderung einzelner Synodaler nach einer Quote für Frauen in landeskirchlichen Führungspositionen. Was ist dazu geplant?

Preidel: Es liegen verschiedene Eingaben und Anträge zu dem Thema vor. Der Landessynodalausschuss hat ebenfalls auf diese Forderungen reagiert und eine Vorlage für ein Kirchengesetz formuliert, das die Chancengerechtigkeit bei der Besetzung von Stellen im Landeskirchenrat sichern soll. Geschlechtergerechtigkeit in Führungspositionen wird ein wichtiges Thema in Amberg sein. Auch der landeskirchliche Personalchef Stefan Reimers steht einer flexiblen Frauenquote zwischen 40 und 60 Prozent offen gegenüber.

epd: Alles in allem hört es sich nach einer thematisch ungewöhnlich vollen Synodentagung mit handfesten Entscheidungen und viel Diskussionsbedarf an. Oder täuscht der Eindruck?

Preidel: Nein, der Eindruck täuscht nicht. Das wird tatsächlich eine sehr spannende Synodaltagung werden. Und ich freue mich auf die Diskussionen. Da werden einige zukunftsweisende Entscheidungen für die evangelische Kirche in Bayern getroffen werden. (00/3659/20.11.2024)

Redaktionen des Campus Kommunikation berichten von Synoden-Tagung

Amberg (epd). Von der Herbsttagung der Landessynode in Amberg ab diesem Sonntag (24. November) berichtet neben verschiedenen nichtkirchlichen Medien auch die Redaktionen des landeskirchlichen Campus Kommunikation. Zum einen streamt das Team der Online-Redaktion alle öffentlichen Teile der Tagung von bis Mittwoch auf der Internetseite der Landessynode und über

Landessynode aktuell

den Youtube-Kanal der Landeskirche. Der Stream ist unter anderem über die Internetadresse <https://landessynode.bayern-evangelisch.de/> abrufbar.

Zum anderen berichtet die Online-Redaktion umfassend mit einem Liveticker auf sonntagsblatt.de über die Tagung. Zudem berichten die Print-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen des Campus Kommunikation von der Tagung. Social-Media-Beiträge zur Synode auf den diversen Plattformen, die mit dem Hashtag #elkbsynode versehen sind, werden von der Online-Redaktion auf einer Social-Media-Wall unter my.walls.io/elkbsynode gebündelt. So können Sie alles in den sozialen Netzwerken verfolgen, auch ohne dort Mitglied zu sein. (00/xxxx/20.11.2024)

Soziale Wohnprojekte präsentieren sich in Evangelischer Akademie

München (epd). Fünf zukunftsweisende Bau- und Wohnprojekte aus Oberbayern stellen sich am Sonntag (24. November) am Rande der Tagung „Wohnst Du schon oder suchst Du noch?“ in der Evangelischen Akademie Tutzing beim „Markt der Möglichkeiten“ vor. Von 9 bis 10.30 Uhr kann man sich beispielsweise über die soziale Wohnraumförderung der Regierung von Oberbayern, Intergenerationales Wohnen des Projekts Wohnen für Hilfe oder auch Wohnen für Frauen im Alter von „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“ informieren.

Wohnen ist den Angaben der Akademie zufolge mehr als „Einrichtung“, es sei vielmehr eine soziale Frage: „Mehr als 700.000 Wohnungen fehlen in Deutschland, während die Mieten für den vorhandenen Wohnmarkt steigen.“ In der öffentlichen Debatte werde oftmals kritisiert, dass zu wenig neuer und bezahlbarer Wohnraum gebaut wird. Bei der Tagung will die Akademie die soziale Frage bei der Wohnungsfrage in den Fokus nehmen, Ursachen für den Wohnungsmangel erörtern und Lösungsansätze diskutieren. (00/3672/20.11.2024)

Aktionen und Gottesdienst zum Welt-Aids-Tag in Mittelfranken

Nürnberg/Erlangen (epd). Rund um den Welt-Aids-Tag am 1. Dezember organisieren die Aids-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth und ihre Kooperationspartner verschiedene Veranstaltungen. Am Nachmittag ab 13 Uhr wird es in den Räumen des neu eröffneten Nürnberger Künstlerhauses einen Auftakt mit Gespräch und Informationsstand geben, teilte der Verein am Mittwoch mit. Dort wird der französische Film „120 BPM“ gezeigt, der die aktivistische Szene Frankreichs Anfang der 1990er Jahre beleuchtet. Am Regenbogenzebrastreifen

Landessynode
aktuell

Gesundheit
und Soziales

werden zudem Vertreterinnen und Vertreter aus der Nürnberger Lokalpolitik Spenden für die Aids-Hilfe sammeln.

Um 18 Uhr laden die Aids-Beratung Mittelfranken und die Aids-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth zum ökumenischen Gottesdienst in die Kirche St. Jakob ein. Es folgt eine Gedenkfeier für an Aids verstorbene Menschen auf dem Jakobsplatz. Die gemeinsame Veranstaltung bekräftigt die Rechte von Menschen mit HIV und Aids, heißt es auf der Website der Kirche. „Sie würdigt das gemeinsame Leben, erinnert liebevoll an all jene, die schon verstorben sind und ruft zu einem respektvollen Miteinander von Menschen mit und ohne HIV auf.“ Willkommen seien ganz besonders auch jene, die selten oder gar nicht in der Kirche sind, heißt es.

Traditionellerweise übernimmt die Aids-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth die Ehrenamtshütte auf der Waldweihnacht Erlangen für einen Tag. Das ist der Mitteilung zufolge dieses Jahr am 2. und 3. Dezember. Hier kann sich zum Thema HIV und sexuell übertragbare Infektionen informiert, der Aids-Teddy erworben und an einer Tombola teilgenommen werden. Am 8. Dezember um 18.30 Uhr läuft im Fürther Babylon Kino der Film „Baldiga - Entschertes Herz“, ein Künstlerporträt schwuler Subkultur der 1980er und 1990er Jahre. (00/3686/20.11.2024)

Bayerischer Umweltpreis für Aktionen rund um den Main

Bayreuth/München (epd). Die Bayerische Landesstiftung hat das „Main FlussFilmFest“ und den Wassermonat der Region Bayreuth mit dem Bayerischen Umweltpreis 2024 ausgezeichnet. Heimatminister Albert Füracker (CSU) habe den Verantwortlichen der Region Bayreuth und des Vereins Flussparadies Franken die Auszeichnung am Mittwoch in München überreicht, teilte die Stadt Bayreuth mit. Mit dem Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro sollen in Zukunft weitere Wasserprojekte umgesetzt werden.

Mit den gewürdigten Projekten schaffen es die Region Bayreuth und der Verein Flussparadies Franken beim wichtigen Thema Wasser, Menschen zu verbinden, verschiedene Gruppen zu vernetzen und Partner einzubinden, heißt es in der Mitteilung. Bereits beim ersten „Main FlussFilmFest“ 2023 hatten sich 14 Kinos entlang des gesamten Mains, von Bayreuth bis Frankfurt am Main, beteiligt. Flankierend gab es Fachgespräche, ein Rahmenprogramm und viele Müllsammelaktionen. 2024 wurde das Projekt fortgesetzt. Der Wassermonat März der Region Bayreuth habe die Inhalte des Filmfests mit einem umfangreichen Programm ergänzt. Rund 2.500 Menschen nahmen an den mehr als 50 Veranstaltungen teil.

Gesundheit und Soziales

Umwelt und Energie

„Die Auszeichnung gebührt der ganzen Region und dem großen Netzwerk an Akteuren entlang des Mains und in der Region Bayreuth, die das gemeinsame Programm auf die Beine gestellt haben“, sagte der stellvertretende Bayreuther Landrat Klaus Bauer bei der Verleihung in München laut Mitteilung. Auch 2025 sollen das „Main FlussFilmFest“ und der Wassermanat März wieder stattfinden. (00/3677/20.11.2024)

Umwelt und Energie

Bund Naturschutz klagt gegen ewiges Baurecht für dritte Startbahn

München (epd). Der Bund Naturschutz (BN) klagt gegen das dauerhafte Baurecht für die dritte Start- und Landebahn am Münchner Flughafen. Man habe am Mittwoch Klage gegen den entsprechenden Bescheid des Luftamts Südbayern beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht, teilte der Bund Naturschutz mit. Der BN ist Besitzer eines der Grundstücke, das von einer dritten Startbahn betroffen wäre und will nun eine rechtliche Überprüfung und Aufhebung der Ewigkeitsfeststellung erreichen.

Hintergrund ist laut BN-Angaben die rechtliche Bestimmung, dass ein Planfeststellungsbeschluss für ein Projekt, mit dem nicht begonnen wird, zehn Jahre nach Rechtsgültigkeit ungültig wird oder maximal für fünf Jahre verlängert werden kann. Bei der dritten Start- und Landebahn wäre die Zehn-Jahresfrist Anfang März 2026 erreicht. Das Luftamt Südbayern hatte auf Antrag der Flughafen GmbH jedoch Ende September festgestellt, dass der Planfeststellungsbeschluss nicht innerhalb der gesetzlichen Frist außer Kraft tritt, sondern unbegrenzt gelten soll.

Die stellvertretende Landesbeauftragte des Bund Naturschutz, Christine Margraf, bezeichnete den Vorgang als „fachlich und politisch skandalös“. Er habe unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden und ohne Beteiligung der unmittelbar von der dritten Startbahn Betroffenen. Der BN habe den Antrag der Flughafen GmbH einsehen wollen, „was vom Luftamt komplett ignoriert“ worden sei. „Dies und die fachliche Begründung halten wir für rechtswidrig. Zumal es weniger denn je einen Bedarf für diese für Klima, Natur und Menschen schädliche Start- und Landebahn gibt“, sagte Margraf.

Eine ausführliche Klagebegründung soll in den kommenden zehn Wochen ausgearbeitet werden. Laut Bund Naturschutz klagen auch der Landkreis Freising, die Stadt Freising, die Gemeinde Berglern sowie fünf in ihrem Eigentum betroffene Privatpersonen. (00/3678/20.11.2024)

Zahl der durch Landminen verletzten und getöteten Menschen gestiegen

München/Genf (epd). Landminen, Blindgänger und Munitionsreste haben vergangenes Jahr laut dem sogenannten Landminen-Monitor Tausende Menschen verletzt oder getötet. Mindestens 5.757 Menschen seien Opfer der geächteten Sprengkörper geworden, teilte Handicap International Deutschland am Donnerstag in München mit. Dies seien 22 Prozent mehr als noch 2022, 84 Prozent der registrierten waren Zivilisten, 37 Prozent der Opfer waren Kinder. Die Zunahme sei hauptsächlich auf die steigende Zahl bewaffneter Konflikte und den zunehmenden Einsatz selbstgebauter Minen zurückzuführen, so die Organisation.

Opfer von Landminen-Explosionen habe es 2023 in 55 Länder gegeben, die meisten Betroffenen gab es dem Monitor zufolge in Myanmar (1.003 Betroffene), Syrien (933), Afghanistan (651) und in der Ukraine (580). Neue Antipersonen-Minen eingesetzt hätten zwischen Mitte 2023 und Oktober 2024 die Staaten Myanmar, Iran, Nordkorea und Russland. Auch nicht staatliche bewaffnete Gruppen setzten solche Minen in mindestens fünf Staaten ein, nämlich in Kolumbien, Indien, Myanmar, Pakistan und dem Gaza-Streifen. Insgesamt seien 58 Länder und andere Gebiete weltweit mit Landminen verseucht, teilte Handicap International mit.

Der „Landminen Monitor“ wird jährlich von der International Campaign to Ban Landmines (ICBL) erstellt. Handicap International ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied der ICBL, die 1997 den Friedensnobelpreis erhielt. (00/3671/20.11.2024)

Impressum

epd Landesdienst Bayern
im Evangelischen Presseverband
für Bayern e.V.(EPV),
Birkerstraße 22, 80636 München

Chefredakteur: Daniel
Staffen-Quandt,
Tel.: 089/12172-139
dstaffen-quandt@epv.de

**epd-Desk Süd:
(Bayern und Baden-
Württemberg)**
Tel.: 089/12172-140

Bayernredaktion
Tel.: 089/12172-160
epdbayern@epv.de

**Redakteurinnen
und Redakteure**
Gabriele Ingenthron, Tel.:
0941/64639072,
gingenthron@epv.de
Jutta Olschewski, Tel.:
0911/2009418,
jolschewski@epv.de
Julia Riese, Tel.: 0151/52364807,
jriese@epv.de
Christiane Ried, Tel.:
089/12172-117,
cried@epv.de
Susanne Schröder, Tel.:
089/12172-143,
sschroeder@epv.de
Daniel Staffen-Quandt, Tel.:
0931/83073, dstaffen-
quandt@epv.de

Redaktionsassistentz
Julia Koloda
Tel.: 089/12172-146,
jkoloda@epv.de

Internet:
www.epv.de, www.epd-bayern.de
Facebook:
www.facebook.com/epdbayern
Twitter:

www.twitter.com/epd_bayern

Erscheinungsweise: fünfmal

wöchentlich (Mo.-Fr.)

Der Dienst darf nur mit Zustimmung
des Verlags weiterverwertet,

gedruckt, gesendet oder

elektronisch kopiert und

weiterverwertet werden. Jede

Haftung für technische Mängel oder

Mängelfolgeschäden ist

ausgeschlossen.

Veröffentlichung, auch

auszugsweise, nur mit besonderer

Genehmigung.

Bestellungen: epdmobil@epv.de,
Tel: 089/12172-146.

Herausgeber: Evangelischer
Presseverband für Bayern e.V.,
Birkerstraße 22, 80636 München.

Vorstand: Kirchenrat Dr. Roland
Gertz, VR-Register 4259,
Gerichtsstand München, UStIdNr.
DE 129 52 23 18.